



BUNDESTAG AKTUELL WAHLKREISTICKER VON Dr. BÄRBEL KOFLER, MdB



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Heute berät der Bundesrat abschließend über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF, nachdem gestern der Bundestag mit großer Mehrheit dem Gesetz zugestimmt hatte. Für die Stärkung stimmten am Donnerstag im Bundestag 523 Abgeordnete, 85 Parlamentarier waren dagegen, drei enthielten sich. Mehr zu dem Stabilisierungsfonds EFSF unten.

Als Mitglied des Entwicklungsausschusses freue ich mich über das Jubiläum 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland, an der die SPD maßgeblich beteiligt war und ist.

Noch eine kleine Erinnerung: Heute ist der Weltrekordversuch „Kaffee.Pause.Fair.“ Meldet Eure getrunkenen Fairtrade-Tassen unter www.fairtrade-deutschland.de an, damit sie für den Weltrekord zählen.

Mit besten Grüßen aus Berlin, Eure

Stabilisierungsfonds EFSF

Die neue chaotische Diskussion um die Höhe des Rettungsschirms zeigt eines sehr deutlich: Wir erleben die schwerste Krise der Europäischen Union seit ihrem Bestehen. Die Antworten darauf sind nicht einfach und erfordern den Mut zu grundlegenden Weichenstellungen. Das Nichthandeln der Bundesregierung hat den Namen Krisenmanagement nicht verdient.

Klare Linie der SPD

Die Linie der SPD ist eindeutig. Nicht wir müssen uns korrigieren. Die schwarz-gelbe Koalition ist es, die auf unsere Forderungen einschwenken muss. Seit dem ersten Griechenland-Paket sagen wir: Rettungsschirme mit Krediten reichen nicht. Sie sind notwendig in der akuten Krise, aber nicht hinreichend, um die Ursachen dauerhaft zu bekämpfen. Seid anderthalb Jahren fordern wir die Gläubigerbeteiligung und den Schuldenschnitt. Schwarz-Gelb hat das viel zu lange bekämpft und öffnet sich jetzt viel zu zögerlich.

SPD Forderungen

- *Seit anderthalb Jahren* fordern wir die Reduzierung der untragbaren Zinslast von Krisenlän-

dern.

- *Seit anderthalb Jahren* fordern wir die Finanztransaktionssteuer. Schwarz-Gelb hat sie lange zurückgewiesen und ausgebremst.

- *Seit anderthalb Jahren* sagen wir, der Krisenherd liegt auch bei den instabilen Banken. Schwarz-Gelb wiegelt ab.

- *Seit anderthalb Jahren* fordern wir Wachstumsimpulse gegen die Abwärtsspirale aus Rezession und Verschuldung, finanziert aus der Besteuerung der Finanzmärkte. Schwarz-Gelb schweigt dazu. Es ist nicht nur Staatsversagen in einem kleinen Krisenland. Es sind vor allem instabile, nervöse, kaum regulierte Finanzmärkte, die Europa erschüttern und die Steuerzahler immer wieder in Haftung nehmen. Solange die Finanzmarktakteure nicht in die Lösung einbezogen und in Verantwortung genommen werden, wird es keine Ruhe geben.

EFSF erster Schritt

Die Ausweitung und Ertüchtigung des EFSF, über die diese Woche entschieden wurde, reicht nicht aus, aber sie ist unabweichlich. Es geht dabei um handfeste deutsche Interessen. Eine Rückkehr zur D-Mark würde die deutsche Wirtschaft in einen Aufwertungsschock treiben und

Industrieprodukte schlagartig verteuern. Die Währungsrisiken mit allen Kosten kämen zurück und wären eine Last für exportorientierte Mittelständler. Die Finanzmarktkrise hat laut OECD schon weltweit 13 Millionen Arbeitsplätze gekostet. Diese riesige Schadensbilanz darf nicht noch größer werden. Die Stabilisierung des Euro bedeutet Schutz und Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen. Wir müssen die Existenzgrundlage von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verteidigen.

SPD: Bundestagsbeteiligung verbessert

Bei der strittigen Frage, wie die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages gewahrt werden, haben wir in den Verhandlungen Verbesserungen erreicht. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen behalten müssen. Bislang musste sich die Bundesregierung lediglich um Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuss bemühen. Jetzt gibt es echte Zustimmungsrechte.



BUNDESTAG AKTUELL WAHLKREISTICKER VON Dr. BÄRBEL KOFLER, MdB



Jubiläum: 50 Jahre deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Fünf Jahrzehnte Tradition vor allem auch sozialdemokratisch geprägter Entwicklungszusammenarbeit debattiert der Bundestag am heutigen Freitag. Gegründet im Herbst 1961, sollte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik bündeln. Willy Brandt übertrug 1972 die Zuständigkeit für die finanzielle Zusammenarbeit mit Partnerländern und in internationalen Organisationen auf das BMZ.

Geprägt durch die SPD

Es sind sozialdemokratische Namen, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gestaltet haben. Angefangen mit Hans-Jürgen Wischniewski während der ersten Großen Koalition Ende der sechziger Jahre über Erhard Eppler, Egon Bahr, Marie Schlei, Rainer Offergeld bis hin zu Heidemarie Wieczorek-Zeul, die das Ministerium elf Jahre lang, zwischen 1998 und 2009 erfolgreich leitete.

Ruf gefährdet

Heute ist der gute Ruf, den sich das Haus in vielen Jahrzehnten weltweit erworben hat, stark gefährdet. Seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb im Oktober 2009 wird das Ministerium von Dirk Niebel geleitet, dessen Partei zuvor erklärt hatte, das BMZ auflösen zu wollen. Dann merkte man in FDP-Kreisen, dass das BMZ doch noch zu etwas zu gebrauchen ist: Und zwar als Versorgungsanstalt für altgediente FDP-Funktionäre. Damit nicht genug: Aus entwicklungspolitischer Sicht zieht Niebel eine Schneise der Verwüstung durch sein Ressort. Dort, wo Hilfe am sinnvollsten ist, werden die Mittel gekürzt, wie zum Beispiel beim Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria. Dieser Fonds hat in weniger als zehn Jahren 6,5 Millionen Menschen das Leben gerettet. Doch Niebel verweigert die Mittel – allein 100 Mio. Euro in diesem und 200 Mio. Euro im

nächsten Jahr.

Aktuell: Acht Millenniumsziele erreichen!

Die Vereinten Nationen haben die sogenannten acht Millenniumsziele formuliert, die es gilt, bis 2015 umzusetzen:

- Halbierung der extremen Armut und des Hungers ab dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2015
- Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stellung der Frau
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Deutschland ohne gültiges Wahlrecht

Eigentlich hätte bis zum 30.06.2011 ein neues Wahlrecht verabschiedet werden sollen, nachdem 2008 das Bundesverfassungsgericht einen Teil des Bundeswahlrechts für verfassungswidrig erklärt hatte, doch erst diese Woche lies die Regierung darüber abstimmen.

Probleme nicht gelöst

Dieses Gesetz kommt zu spät, es ist handwerklich schlecht gemacht. Aus unserer Sicht verkompliziert der Regierungsent-

wurf das Wahlrecht und löst die Probleme nicht. Es bleibt ein Wahlrecht, das nicht fair ist. So braucht die SPD für ein Bundestagsmandat im Durchschnitt 68.000 Stimmen, die CDU braucht nur 61.000 Stimmen. Der Entwurf ist ein Überhangssicherungsgesetz, der mal die Landeslisten von einander trennt und bei 5%-Hürde und Reststimmenverwertung aber wieder zusammenführt. Das ist willkürlich und unsystematisch.

SPD-Entwurf

Im SPD-Vorschlag sollen Überhangmandate ausgeglichen werden, um das Verhältnis der Parteien zueinander und damit den Wählerwillen wieder herzustellen.

Klage in Karlsruhe

Da dieser Entwurf diese Woche im Bundestag auch verabschiedet wurde, wird die SPD-Bundestagsfraktion beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage einreichen.

Impressum:

Herausgeberin: Dr. Bärbel Kofler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Simon Eder
Telefon: 030 - 227 753 04
Fax: 030 - 227 765 99
E-Mail: baerbel.kofler@bundestag.de

Wahlkreisbüro Traunstein:
Telefon: 0861 - 2099 063
Fax: 0861 - 2099 064
E-Mail: baerbel.kofler@wk.bundestag.de